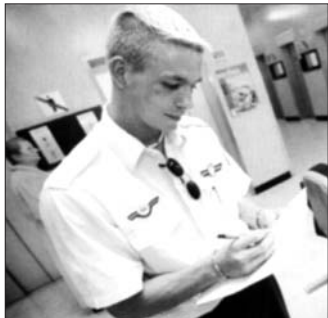




Österreich



Zivildienst: Widerstand gegen moderne Sklaverei

Zivildienstler werden im Sozialwesen als moderne Sklaven dazu eingesetzt, die Arbeitsbedingungen der Stammbesetzungen zu verschlechtern. Dagegen nimmt der Widerstand zu. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



BAWAG: ÖGB in der Krise

Die Skandale und Verluste durch den "Raubtierkapitalismus" der Gewerkschaftsbank verschärfen die Krise des ÖGBs drastisch. Ein Kurswechsel der Gewerkschaften ist dringend nötig. SEITE 3

Schwerpunkt



SLP-Konferenz 2006: Intensive Debatten

2 Tage dauerte die Konferenz der SLP in Wien. 2 Tage intensiver Debatte in optimistischer Stimmung. Die Ergebnisse und Hauptinhalte der Debatten fassen wir für Vorwärts zusammen. SEITEN 4/5

Internationales



USA: Tiefe Krise des Establishments

In Teil 1 unserer 3-teiligen USA-Serie berichten wir über die Krise des Establishments, die durch Hurrikan Katrina, das Irak-Desaster und sinkenden Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse ausgelöst wurde. SEITE 7

Schüssel verspielt unsere Zukunft!

Wir fordern Jobs statt Steuergeschenke an Unternehmer

von Margarita Döller, Tischlerei-Lehrling, SLP Wien

49 940 Jugendliche waren Ende Jänner 2006 beim AMS als arbeitssuchend gemeldet. Weitere 21 197 Jugendliche befinden sich in Schulungsmaßnahmen oder befristeten Lehrgängen. Darüber hinaus waren 17 600 Jugendliche ohne Lehrstelle in einem Betrieb. 5 200 haben keinen Ausbildungsplatz, 5 300 befinden sich in kurzfristigen Kursen und weitere 7 100 besuchen für zehn Monate Lehrgänge bei Jugend am Werk. Dem gegenüber stehen 3 100 offene Lehrstellen. (Quelle: www.arbeiterkammer.at)

2004 "entdeckte" die österreichische Bundesregierung das Thema Jugendarbeitslosigkeit. Grund dafür waren die erschreckenden Jugendarbeitslosigkeit-Statistiken, die für einen Aufschrei in der Gesellschaft sorgten. Die ÖVP/FPÖ Regierung verabschiedete die so genannte "Blum-Förderung" im Parlament. Benannt nach dem Regierungsbeauftragten beinhaltet sie einen Fixbetrag von 1 000 Euro pro Lehrstelle, die in einem Jahr in einem Betrieb geschaffen wird. 2005 zahlte der Bund rund 33,6 Mio. Euro an Förderungsgeldern an Unternehmen aus. In Zukunft soll dieser Betrag weiter ansteigen, denn ab Jänner 2006 gelten neue Richtlinien, die die Wirtschaftskammer sehr begrüßt. Eine weitere Maßnahme, ist die Einrichtung von Lehrstellen in den Bundesministerien. Seit 2004 haben 2 800 Jugendliche einen Lehrvertrag mit dem Bund abgeschlossen. (Quelle: Bundeskanzleramt). Besonders hier stellt sich allerdings die Frage, was Jugendliche nach dem Lehrabschluss mit Berufen wie "VerwaltungsassistentIn" weiter tun sollen - angesichts der drastischen Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst.



MASSNAHMEN VERSAGEN – MASSIVE ANGRIFFE DROHEN!

Ingesamt ist die Schere zwischen Lehrstellensuchenden und offenen Stellen lt. Arbeiterkammer auch im vergangenen Jahr weiter auseinander gegangen: Von 13 835 (Jänner 2005) auf 14 476 (Jänner 2006). Die Maßnahmen der Regierung werden also die Probleme von Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel sicher nicht beseitigen. Die Antwort der Unternehmerseite ist überall in Europa die Lockerung des Kündigungs- und Jugendschutzes. Das soll angeblich Arbeitsplätze bringen. Im Hotel- und Gastgewerbe machte die Wirtschaftskammer z.B. erst jüngst den Vorstoß, dass für Jugendliche die Beschäftigung an jedem Sonntag möglich sein soll. Auch der Vorsitzende der FPÖ-Jugend, Johann Gudenus, spricht vielen Unternehmern aus der Seele wenn er argumentiert: "Warum soll ich den

Lehrling einstellen, wenn ich als Unternehmer keine Sanktionen setzen kann? Eine Lockerung des Lehrlingsschutzes würde mehr Lehrstellen schaffen! Natürlich kann man auch durch Prämien oder steuerliche Erleichterungen Anreize für Unternehmen schaffen, junge Lehrlinge einzustellen." (<http://www.chilli.at>)

WAS SAGT DIE GEWERKSCHAFT DAZU?

Die Forderungen der Gewerkschaft zum Thema sind sehr unterschiedlich. Vor allem die Gewerkschaftsjugend gibt sich hier sehr kämpferisch und fordert die Einrichtung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten, eine 35-Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich und einen Ausbildungsfond, der Unternehmen, die keine oder wenige Lehrlinge ausbilden, zur Kassa bittet. Doch wie werden diese Wünsche durchgesetzt? Diese Frage lässt Jürgen Eder, Vorsitzender der

ÖGJ, offen. Am Jugendkongress des ÖGB 2005 wurden demgegenüber lediglich folgende "Forderungen" beschlossen: Private Betriebe sollen mehr Lehrlinge ausbilden, am Arbeitsmarkt sollen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und die Politik soll endlich gesetzliche Maßnahmen und Anreize für mehr Lehrstellen in den Unternehmen schaffen. Der ÖGB beschränkt sich hierbei auf einen Appell an die Parlamentsparteien, anstatt konkrete Umsetzungsvorschläge zu bringen. Entscheidend erscheint das Fehlen einer Analyse, die Jugendarbeitslosigkeit vor allem als Symptom der kapitalistischen Krise versteht. Ebenso gilt es Vorbereitungen zu treffen, um Unternehmerangriffe auf Jugendliche - wie sie in Frankreich erfolg(t)en - abzuwehren.

WIRKSAM GEGEN JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Unserer Meinung nach sind

Lehrwerkstätten und Ausbildungsabgabe gute Forderungen - im Gegensatz zur Regierungspolitik, die der Unternehmerseite noch zusätzlich Steuergelder schenkt! Der einzige Weg, um aber Jugendarbeitslosigkeit (und Arbeitslosigkeit generell) langfristig und dauerhaft zu bekämpfen ist die Wochenarbeitszeit zu reduzieren. Die Gewerkschaft fordert dies schon seit einigen Jahren, allerdings bleibt es beim jährlichen Beschluss dieser Forderung auf dem Bundeskongress. Ansätze zur Umsetzung gibt es von Seiten des ÖGB nicht. Um eine Arbeitszeitverkürzung zu erreichen müssen die ArbeitnehmerInnen mobilisiert werden. Ein gemeinsamer Kampf von Arbeitslosen, Lehrlingen, ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen ist notwendig für die Einrichtung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten und für die Einführung der 30-Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich.

Der Standpunkt

Wir sind wie kleine Kinder: Unwissend!

von Sonja Grusch



73% der französischen Bevölkerung sind gegen das CPE, ein neues Gesetz das für jugendliche ArbeitnehmerInnen jederzeitige Kündigung ohne Angabe von Gründen in den ersten zwei Jahren der Beschäftigung vorsieht. Diese 73% sind Idioten! Immer wieder müssen wir feststellen, das ArbeitnehmerInnen und Jugendliche glauben, sie wüssten besser was für sie gut ist als RegierungsvertreterInnen und ExpertInnen. Aber die ExpertInnen sind doch ExpertInnen (haben studiert und viele gute Tipps von anderen ExpertInnen bekommen). Und die RegierungsvertreterInnen sind ja auch alles gescheite Leute. Und trotzdem will die Bevölkerung das nicht einsehen. Immer wieder gibt es solche, die über die weitsichtigen Reformen der Regierung raunen. Manche wollen einfach nicht einsehen, dass längere Arbeitszeiten (pro Tag, pro Woche oder auch mehr Jahre) Arbeitsplätze schaffen (WIE das geht hat mir noch niemand erklärt - aber wahrscheinlich bin ich einfach nicht gescheit genug dafür). Andere sind zu bequem um sich von heute auf morgen ohne Job dastehen zu sehen. Und noch andere haben noch immer nicht kapiert, dass Abfangjäger und Panzer besser für ihre Gesundheit sind als kostenlose Vorsorgeuntersuchungen.

Es muss einmal gesagt werden: DANKE, dass ihr uns Unwissende aufklärt. DANKE dass ihr Millionen unserer Steuern in Informationskampagnen steckt um uns darüber aufzuklären warum eurer Sozialabbau so gut für uns ist. So wie kleine Kinder oft nicht verstehen, warum sie Spinat essen sollen oder früh ins Bett müssen, so verstehen die französischen Jugendlichen euer geniales CPE nicht. Oder Betriebsräte verstehen nicht, warum Lohnverzicht Arbeitsplätze sichert. Oder Gewerkschaften warum niedrigere Löhne letztlich den Beschäftigten nutzen. Oder eine Million streikende ÖsterreicherInnen 2003 versteht nicht, warum niedrigere Pensionen und länger Arbeiten unsere Pensionen sichern. Oder die Postler und ÖBB'lerInnen verstehen nicht, warum die Privatisierung nur zu ihrem Besten ist. Wir sollten den PolitikerInnen wirklich vertrauen, denn sie wollen nur unser Bestes: und wenn sie es einmal haben, dann finanzieren sie damit ihre Privilegien und wir schauen durch die Finger. Vielleicht haben die demonstrierenden und streikenden FranzösisInnen doch Recht? (Siehe S.7: Neues aus dem CWI)

Was hat uns die EU gebracht?

Billiglöhne, Steuerdumping für Unternehmen, aber auch eine tiefe innere Krise bestimmen die europäische Realität. Eine etwas Bilanz zur EU-Ratspräsidentschaft.

Von John Evers, SLP Wien

"Glauben Sie doch was sie wollen" Ein Mann sitzt beim Friseur und spricht wirres Zeug. Ein Unbelehrbarer gibt im Wirtshaus ebenfalls entsprechende Stammtischsprüche gegen die EU von sich und will nicht einsehen, dass sie doch - angeblich - für Wirtschaftswachstum, Exportboom, Konsumentenschutz (...) verantwortlich ist. Die Botschaft der millionenschweren Werbekampagne der Bundesregierung zum eigenen Ratsvorsitz ist klar: Wer gegen die EU ist, der ist ein bornierter Prolet der nichts verstanden hat. Ein interessantes Ergebnis brachte demgegenüber eine Umfrage des EU-freundlichen "Standards" unter seinen wenig proletarischen Lesern: Die Top-Antwort auf die Frage "Woran liegt die EU-Skepsis der ÖsterreicherInnen?" lautete dort "Die EU-Skepsis liegt an Phänomenen wie sinkenden sozialen Standards oder der zunehmenden Arbeitslosigkeit." Tatsächlich ist die Skepsis gegenüber diesem neoliberalen Projekt ein Phänomen, dass inzwischen breite Teile der europäischen Gesellschaft in West und Ost erfasst.

BILLIGLÖHNE UND STEUERDUMPING

Die "europäischen" Probleme liegen aus Perspektive von ArbeitnehmerInnen klar auf der Hand: Die Produktivität der Tochterunternehmen multinationaler Konzerne erreicht laut Wirtschaftskammer in Osteuropa bereits 2/3 der Produktivität Westeuropas. Gleichzeitig lag der Bruttomonatslohn z.B. in Ungarn im Jahr 2005 bei ca. 600 Euro (Österreich 2.400 Euro). Besonders fatal dabei ist der Trend seit der Erweiterung der EU: Während zwischen 2002 und 2004 in Tschechien und



Die EU lässt die Menschen in Europa mit ihren sozialen Problemen im Regen stehen. Es geht nämlich um Konzerninteressen und nicht um das "Allgemeinwohl".

Ungarn sowohl die Lohnstückkosten, wie die Reallöhne deutlich und schneller als im Westen wuchsen, halbierten sich diese Raten in den letzten beiden Jahren. In Ungarn stiegen die Reallöhne nur mehr um 2,5 Prozent jährlich, in Österreich waren es 3,3 Prozent (allerdings nur 0,8 % netto). So sieht die Annäherung zwischen Ost und West tatsächlich aus, die den Unternehmern in der Realität immer wieder neuen Argumentationsstoff gibt die Löhne auf "beiden Seiten" zu drücken! Ebenso deutlich ist der Druck nach unten bei der Unternehmensbesteuerung (mit entsprechenden Folgen für die öffentlichen Kassen). Die konservative "Presse" vom 11.3. meint, dass die heimische Wirtschaft zwar durch die Senkung der Körperschaftsteuer zu den "Niedrigsteuerländern Osteuropas" aufgeschlossen habe. Das neoliberale "Institut für Höhere Studien" legt im selben Artikel die künftige Linie allerdings schon klar fest: Es sei nur "ei-

ne kurze Atempause im Wettlauf um niedrigere Unternehmenssteuern." Auch die Debatten zur Erreichung der - übrigens von SPÖ und ÖGB-Führung unterstützten - "Lisabonstrategie" (Europa soll zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum werden) sind überall die gleichen. Im Länderbericht zur Slowakei ist hier zu lesen: "Zusätzliche Maßnahmen, Arbeit lohnend zu machen ... unter anderem durch eine Überprüfung der Arbeitsgesetze, flexiblere Arbeitsformen und stärkere Nutzung der Teilzeitarbeit." Exakt diese Ansätze verfolgen in Österreich Regierung, Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer.

DAS DILEMMA DER GEWERKSCHAFTEN

Trotz dieser Entwicklung vergeht kaum ein Tag ohne vollmundige Ankündigungen was "Europa" Tolles schaffen wird oder soll. Wolfgang Schüssel versprach als Ratspräsident wieder einmal neue

Arbeitsplätze bis 2010 (10 Millionen, klingt viel, sind aber gerade einmal ein Prozent mehr pro Jahr), die SPÖ verabschiedete ein schönes Europapapier mit vielen Wünschen ohne irgendeine Strategie zur Umsetzung. Gleichzeitig gibt es keinen ernsthaften Zeitungskommentar der die EU nicht in einer tiefen Krise sieht und den drohenden (Wieder-)Aufstieg des Nationalismus beschwört. Das Grunddilemma europäischer Gewerkschaftspolitik ist in diesem Zusammenhang schnell erklärt: Während man bei allen grundsätzlichen EU-Projekten auf Opposition, Alternativen und Gegenmobilisierung verzichtet (z.B. beim eigenen EU-Beitritt des Landes, EURO, Verfassung ...), besteht in der Verteidigung des nationalen Arbeitsmarktes die oft einzige konkrete "Gegenstrategie" der jeweiligen nationalen Gewerkschaftsverbände. Doch klarerweise haben hier - etwa bei den "Übergangsfristen" zur Öffnung der nationalen Arbeitsmärkte - die osteuropäi-

schen Gewerkschaften ganz andere "nationale" Interessen als der ÖGB ...

"WIDERSTAND LOHNT SICH. JUBEL WÄRE ABER ZU FRÜH"

So titelte die ÖGB-Zeitung Solidarität nach dem Fall des Herkunftslandprinzips bei der neuen Dienstleistungsrichtlinie (jeder kann nach seinem nationalen Arbeitsrecht in jedem EU-Staat arbeiten). Demgegenüber sprach der Gewerkschaftsfunktionär und Europaabgeordnete Harald Ettl aber schlicht von einem notwendigen Kompromiss - und stimmte diesem im EU-Parlament sogar noch zu! Angesichts solcher faulen "Lösungen" reibt sich übrigens ein Dritter schon die Hände und bemüht sich den Platz der Gewerkschaften als bessere "nationale" Opposition einzunehmen und weist auf einen simplen Umstand hin: "Weiterhin massiv erleichtert wird, und das ist ja der Sinn dieser Richtlinie, die Erbringung von Dienstleistungen durch ausländische Anbieter. Und da hier die Lohnkosten trotz Entsenderichtlinie weit unter den österreichischen liegen, werden durch diese Richtlinie Tausende Arbeitsplätze in Österreich vernichtet." (FPÖ-Aussendung 23.3.2006) Europäische Gewerkschaften müssen sich demgegenüber aus dem Teufelskreis sowohl kompromissorientierter Teil der Krise der EU, wie Verteidiger - angeblich - "nationaler" Interessen zu sein, lösen. Notwendig sind gemeinsame internationale Forderungen, wie Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhne ... sowie gemeinsame Umsetzungsstrategien, die z.B. auch alle Ansätze zum gewerkschaftlichen Widerstand in den Niedriglohnländern im Osten des Kontinents massiv unterstützen.

Zivildienstler - Moderne Sklaven

Bis zu 60 Stunden pro Woche, ca. 3 Euro pro Stunde - Zivis werden als billige Arbeitskräfte missbraucht.

Von Jan Rybak und Stephan Benedikt, SLP Salzburg*

ZIVILDIENTST = HUNGERLOHN

Laut Zivildienstgesetz (ZDG) hat sich die tägliche Arbeitszeit eines Zivildienstleistenden an der durchschnittlichen Arbeitszeit der "normal" Angestellten zu orientieren (ca. 40 Stunden pro Woche). Die Regel sind allerdings Arbeitszeiten von etwa 50 Stunden (Laut ZDG sind bis zu 60 Stunden pro Woche erlaubt - und zwar ohne Zeitausgleich oder Sonderzahlungen). Pro Jahr hat der Zivi 10 Urlaubstage zur Verfügung, Sonderurlaub nur unter Schikanen, Pflegeurlaub überhaupt nicht. Dazu kommt die erbärmliche Bezahlung.

Zum Grundverdienst von 262,90 Euro sollten noch 13,60 Euro Essensgeld pro Tag dazu kommen. Es wird jedoch nur in den seltensten Ausnahmefällen wirklich dieser, laut dem Verfassungsgerichtshof den Zivildienstleistenden zustehende Betrag, ausbezahlt. Faktisch bekommt man selten mehr als 6 Euro pro Tag an Pflegegeld. Sich davon zu ernähren ist schlicht unmöglich, aber auch für diesen Fall ist vorgesorgt. Es gibt nämlich auch noch die sehr nahrhafte und gesunde Naturalverpflegung mit ungefähr 500 sättigenden Kalorien zum Mitta-

gessen - dass z.B. ein Krankenwagenfahrer pro Tag um die 3400 Kalorien benötigt ist hierbei natürlich nebensächlich, es geht für die Einrichtungen ja ums Sparen.

NEOLIBERALISMUS ZERSTÖRT SOZIALSYSTEM

In den letzten Jahren wurde ein Großteil des Sozialsystems defacto privatisiert - daraus entstand z.B. der "Fond soziales Wien" - und die bestehenden Sozialleistungen wurden massiv verschlechtert. Die Sozialeinrichtungen bekommen dadurch weniger Geld und sind gezwungen zu sparen. Darunter leiden nicht nur die hilfsbedürftigen Menschen,

sondern auch Zivildienstler, sowie "normal" Angestellte KollegInnen. Nicht zuletzt aufgrund dieser Sparpolitik werden "Zivis" gezielt als Lohn-drücker eingesetzt. Das Geld, das ein Zivildienstleistender die Einrichtung kosten würde, wird hauptsächlich aus Steuergeldern bezahlt. Somit wird eine volle Arbeitskraft ersetzt - ein weiterer Arbeitsloser. Jene, die sich über einen Job freuen können, werden durch diese "Löhne" in präkäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen.

SOLIDARISIERUNG IST ZWINGEND NOTWENDIG

Es ist deshalb gerade für die

fix Angestellten wichtig sich mit dem Kampf der Zivildienstler zu solidarisieren. Dies kann nur geschehen, wenn sich "Zivis" und Vollberufliche zusammenschließen, gemeinsam gegen diese Ungerechtigkeiten aufstehen und Kampfmaßnahmen ergreifen. Genau deshalb haben wir uns in Salzburg zu einer Zivi-Initiative zusammengeschlossen und laden alle Interessierten ein, mit uns gemeinsam aktiv zu werden.

*Jan Rybak und Stephan Benedikt sind dzt. Zivildienstler bei der "Lebenshilfe" und "TAO"

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

ÖGB-Führung gefährdet unsere Zukunft!

Für eine demokratische Gewerkschaftskonferenz in den nächsten Wochen!

von Michael Gehmacher,
ÖHTB-Betriebsrat und
SLP-Gewerkschaftssprecher

Das Aufrollen der „Pazifikgeschäfte“ zeigt: 1) Die BAWAG hat im Wertpapierhandel Milliarden verloren. 2) Durch Refco ist wahrscheinlich mehr weg als ursprünglich veröffentlicht. 3) Die Beziehungen zwischen Teilen des BAWAG-Managements und Refco müssen doch enger gewesen sein als es der ÖGB vor einigen Monaten noch zugegeben hat.

Der - viel zu späte - Rücktritt von Verzetnitsch löst die Probleme des ÖGB nicht. Der - interemistische - Vorsitzende Hundstorfer steht für die Fortführung des Kurses. Die einsame Entscheidung praktisch den gesamten ÖGB für dubiose Karibikgeschäfte zu versetzen, weist auf demokratische und politische Defizite hin, die sehr tief gehen. Sie hängen mit einer - nicht zuletzt durch völlig überzogene Gagen - abgehobenen Gewerkschaftsspitze und der Orientierung auf eine Sozialpartnerschaft zusammen, die längst eine Sozialabbau-„Partnerschaft“ gegen die Gewerkschaftsbasis geworden ist.

Die ÖGB-Führung orientiert sich offensichtlich mehr an den internationalen Finanzmärkten als an den Interessen der Mitgliedschaft. Die finanzielle Situation von ÖGB & Bawag

wurde und wird vor der Mitgliedschaft geheim gehalten. Viele Fragen tauchen auf: Ist der ÖGB nach dem Verlust von 20 Milliarden Schilling noch kampffähig? Wie schnell könnte der Streikfonds mobilisiert werden, da dieser angeblich in komplizierten Stiftungsstrukturen bzw. in Bawag-Anteilen geparkt wurde? Die Vermutung liegt nahe, dass die finanzielle Krise des ÖGB nicht unwesentlich zu seiner extrem lahmen Politik beigetragen hat, weil kein finanzieller Rahmen für Streiks da war.

VOLLE AUFKLÄRUNG
IST NOTIG!

Die SLP tritt für eine volle Aufklärung ein - darauf hat die Mitgliedschaft ein Recht. Die BAWAG soll auf ihre Kernaufgaben reduziert werden, alle Geschäftsabläufe müssen voll transparent und für demokratisch gewählte Gewerkschaftsorgane kontrollierbar sein. Das eine solche demokratische Kontrolle potentielle Geschäftspartner abschreckt, ist für uns irrelevant. Das Vertrauen der ÖGB-Mitglieder und der SparerInnen ist entscheidend! BAWAG und PSK sind wieder zu trennen, und die PSK als vergesellschaftete Postbank zu erhalten. Alle gewerkschaftsnahen Privatstiftungen sind aufzulösen! Die Forde-



Ein Rücktritt reicht nicht.
Ein echter Wechsel muss her.

rung nach einem durchschnittlichen ArbeitnehmerInnengehalt für GewerkschaftsfunktionärInnen (gilt auch vor Vorständen und Aufsichtsräte einer Gewerkschaftsbank!) ist durch den BAWAG-Skandal aktueller denn je!

Wir fordern einen grundlegenden Kurswechsel zu einer kämpferischen Politik. Wir fordern eine Veränderung der inneren Gewerkschaftsstrukturen an Haupt und Gliedern und schlagen daher folgende Sofortmaßnahmen vor:

1. Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages binnen vier Wochen der über den zukünftigen Kurs und die Führung des ÖGB entscheidet

2. Direkte Wahl der Delegierten auf betrieblicher Ebene. Dort wo das nicht möglich ist, soll dies durch die Ortsgruppen und andere Basisstrukturen erfolgen
3. KeinE GewerkschaftsfunktionärIn soll künftig mehr verdienen als einE FacharbeiterIn
4. GewerkschaftsfunktionärInnen müssen der Mitgliedschaft gegenüber Rechenschaft über ihre Arbeit und ihre Entscheidungen abgeben - und sie müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein.
5. Sofortige Lösung der Gewerkschaftsfinanzen aus allen undurchsichtigen, bzw. risikoreichen Finanzkon-

struktionen. Vor allem der Streikfonds muss jederzeit verfügbar sein!

6. Alle Gewerkschaftsfinanzen und Bilanzen müssen prinzipiell für die Mitgliedschaft einsehbar sein.

7. Die Überprüfung der Gewerkschaftsfinanzen ist Aufgabe der Mitgliedschaft - wir weisen alle Versuche von Regierung, UnternehmerInnenorganisationen und gewerkschaftsfeindlichen Gruppen (wie der FPÖ) zurück, die Krise zu missbrauchen, um Angriffe auf die Gewerkschaften an sich zu versuchen.

Viele Gewerkschaftsmitglieder werden sich nun die Frage stellen, ob sie noch länger ÖGB-Mitglied bleiben wollen. Wir verstehen diesen Unmut. Wir denken aber nicht das die Lösung ist, den ÖGB und seine hunderttausenden Mitglieder der jetzigen Führung zu überlassen, sondern für eine neue, kämpferische Führung und Politik einzutreten. Wir laden alle, die auch so denken ein, mit uns im Rahmen der „Plattform für kämpferische und demokratische Politik“ - einem überfraktionellen Zusammenschluss von GewerkschaftsaktivistInnen aus verschiedenen Fachgewerkschaften - für einen solchen Kurs- und Führungswechsel einzutreten.

Ihr da oben, ...

Wir finanzieren
die Privatisierung ...

Bis 30. Juni müssen die rund 1,1 Millionen Postkästen in Altbauten auf die neuen Brieffachanlagen umgestellt werden. Die Regierung stellt so sicher, dass auch private Post-Anbieter Zugang zu den Postkästen haben. Während sich private Unternehmen auf billige Massensendungen konzentrieren können, wird die ehemals staatliche Post AG die Preise noch weiter erhöhen müssen, um auch den Brief an die Großmutter in Hintertupfing "profitabel" liefern zu können (Österreich ist derzeit schon im oberen EU-Viertel bei den Posttarifen). Nicht nur das Briefeschreiben wird dadurch für Normalsterbliche, die keine Massensendungen in Ballungszentren verschicken, teurer. Auch die Kosten von ca. 40 - 60 EUR pro Fach müssen von den MieterInnen getragen werden. Ob das nicht auch gegen bürgerliches Recht widerspricht, prüft derzeit der VfGH. Gleichzeitig spüren die BewohnerInnen von bereits umgestellten Häusern auch andere unangenehme Nebeneffekte: auch der Postdiebstahl von heiklen Sendungen ist zum Kinderspiel geworden (so geschehen in Wien 9).

Sicherheitsrisiko durch
muslimische Religion?

Seit November 2004 gelten auf Flughäfen verschärfte Sicherheitsbedingungen. Flughafenbedienstete müssen sich einer "Zuverlässigkeitsüberprüfung" des Amtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung unterziehen. Der Österreicher mit ägyptischer Herkunft, Ahmed A., lebt seit Mitte der 80er Jahre in Tirol, ohne bisher mit dem Gesetz in Konflikt geraten zu sein. Dennoch wurde er als "Sicherheitsrisiko" eingestuft und verlor seinen Job. A. hat seither trotz vieler Versuche keine offizielle Begründung erhalten, er vermutet aber Zusammenhänge mit seinem muslimischen Religionsbekenntnis.

Kultur im Wandel der Zeit

Nachdem in Deutschland der Entwurf für ein "Einbürgerungsquiz" durch die Medien kursierte, musste die österreichische Regierung nachziehen. Durch das neue Staatsbürgerschaftsrecht sind künftig für eine Einbürgerung neben Deutsch auch Kenntnisse der so genannten österreichischen Kultur erforderlich. Dass Kultur vor allem eine Frage der sozialen Stellung ist, bleibt natürlich ausgespart. Die wahren Probleme der Zuwanderung werden durch solche Ausgrenzungstests jedenfalls nicht gelöst: 44% der in Österreich lebenden Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind für ihre berufliche Tätigkeiten überqualifiziert (Quelle: Studie des Zentrums für Soziale Innovation).

Widerstand gegen Postraub

Während die Gewerkschaftsspitze schläft, gärt es an der Basis

von Sven Hilberth,
Betriebsrat (GPF)

Seit dem Jahr 2000 wurden 20% der Belegschaft der Post AG abgebaut, über 10.000 Postler haben ihren Arbeitsplatz verloren. Postchef Wais: "Weiterer Personalabbau wird auf jeden Fall stattfinden." Die Zahl der Postämter hat sich fast halbiert. Somit wurde auch die Erfüllung des sozialen Auftrags der Post, ein flächendeckendes Angebot zur Verfügung zu stellen, entscheidend eingeschränkt. Die Verfielfachung der Gewinne der Post-AG hat also ihren Preis, und der wird von den Beschäftigten bzw. ehemaligen Beschäftigten und der Bevölkerung in nun schlechter versorgten Gebieten bezahlt.

WAS TREIBT DIE FÜHRUNG
DER POSTGEWERKSCHAFT?

Laut ÖGB-Zeitung Solidarität vom Oktober 2001 verdient Postgewerkschafts-Chef Gerhard Fritz 14-mal jährlich fast 5000 Euro (68.718 Schilling) brutto, nicht gerechnet mögliche Erhöhungen seit 2001. Ausserdem können ÖGB-FunktionärInnen politischen Nebentätigkeiten nachgehen, von denen eine bezahlt sein darf. Das ist im Fall von ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch beispielsweise ein Nationalratsmandat, das mit wei-

teren gut 7000 Euro / Monat dotiert ist. Am 22.3.2006 war eine Stelle als ZustellerIn bei der Post AG ausgeschrieben: Euro 821,20 brutto plus evt. Zulagen. Wie fühlen sich solche Zusteller vertreten, wenn von ihren Mitgliedsbeiträgen solche Funktionärsgehälter bezahlt werden? Wie können Funktionäre sich in die Situation der Mitglieder hineinversetzen, wenn sie in einer so anderen Gehalts- und Lebenssituation sind?

PROTEST ORGANISIEREN

In Linz schlossen sich einige Gewerkschaftsmitglieder und

Postbedienstete, unterstützt von verschiedenen politischen Gruppierungen (unter Mitwirkung der SLP und der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften), zu einer Plattform zusammen, die eine Unterschriftenaktion initiierte (siehe Kasten, auch unterschreiben!). Teilgenommen haben auch viele Bedienstete von AK und ÖGB-OÖ, pikanterweise hat auch Alfred Gusenbauer bereits unterschrieben. Es wurde am Freitag, den 17.3. eine Demonstration organisiert, von der sich allerdings GPF (Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten) und

ÖGB nach anfänglicher Unterstützung von einigen Funktionären doch distanziert haben. Es konnten aber doch mit relativ wenig Aufwand und Geld über hundert TeilnehmerInnen mobilisiert werden. Es zeigt aber das Protestpotential: wenn die Gewerkschaften mit ihren finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten da gewesen wären, hätte das eine mächtige Protestaktion werden können, als Auftakt für bundesweite Protestmaßnahmen.

Durch die minimalen Aktivitäten der GPF-Spitze sind die ersten Chancen vertan, aber es ist noch nicht zu spät.

Weitere Angriffe werden kommen, gegen die wir uns wehren müssen. GPF-OÖ-Chef Zauner hat weiteren Widerstand angekündigt, wir nehmen ihn beim Wort.

Die Plattform und die SLP schlagen als betrieblichen Widerstand vor:

1. Dienststellenversammlungen
2. Streiks, vorbereiten und beginnen wo es geht
3. Streiks auch ohne GPF-Spitze vorbereiten - nicht warten, bis es zu spät ist.
4. GPF-OÖ könnte Vorreiter sein, wenn alle VPAs aus OÖ, die den Aufruf unterstützten, betrieblichen Widerstand organisieren.

Petition für den Erhalt der Post im öffentlichen Eigentum!

In Vorbereitung der Totalliberalisierung des Postmarktes durch die EU soll die Österreichische Post AG über die Börse privatisiert werden. In den letzten Jahren wurde die Post auf die Privatisierung zurechtgetrimmt. Die Konsequenz: im Zeitraum 2000 - 2005 ist die Zahl der Beschäftigten um 20% gesunken, die Zahl der Postämter wurde fast halbiert, die Tarife sind zum Teil kräftig gestiegen. Gleichzeitig haben sich die Gewinne vervielfacht. Liberalisierung und Privatisierung sind zwei Seiten einer Medaille. Wir lehnen die Liberalisierung des Postmarktes und die Privatisierung der Post ab, weil diese Entwicklung offenkundig zu Lasten der Beschäftigten und der KundInnen der Post geht. Insbesondere die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung wird immer mehr in Frage gestellt.

Wir fordern daher:

- Erhalt der Post im öffentlichen Eigentum
- Keine Umsetzung der EU-Richtlinien zur Liberalisierung des Postmarktes
- Stopp dem Beschäftigtenabbau und der Schließung von Postämtern - Sicherung einer hochwertigen flächendeckenden Versorgung mit Postdienstleistungen.

Vorname	Nachname	PLZ/Ort
Anschrift		E-Mail
		Telefon

Einsenden an: SLP, Kaiserstr. 14, 1070 Wien.

... wir hier unten!

Berichte von der SLP-Konferenz 2006:

Hoch die Internationale Solidarität!

von Sonja Grusch, Mitglied des internationalen Exekutivkomitees des CWI

"Hoch die Internationale Solidarität!" ist ein beliebter Slogan auf Demonstrationen. Damit soll die Unterstützung für den Widerstand und die Kämpfe von Menschen in anderen Teilen der Welt gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg ausgedrückt werden. Der Kapitalismus ist international - das zeigen seine Organisationen wie die Welthandelsorganisation und seine Taktik des "Gegeneinander-ausspielen" von Belegschaften und Staaten um Löhne, Sozialleistungen und Unternehmenssteuern zu drücken.

Die ArbeiterInnenbewegung hat daher schon früh erkannt, dass sie ihre Ziele nur dann durchsetzen kann, wenn sie sich international organisiert. Daher ist auch die SLP in einer internationalen Organisation Mitglied. Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) hat Gruppen und Sektionen in rund 40 Ländern auf allen fünf Kontinenten. Die Erfahrungen und die Arbeit der CWI-Mitglieder in anderen Ländern ist für unsere Arbeit hier sehr wichtig - wir müssen das Rad nicht zweimal erfinden, Fehler nicht wiederholen, sondern können an die Erfolge und positiven Erfahrungen anknüpfen.

KRIEG DER KLASSEN STATT KAMPF DER KULTUREN

Für unsere Konferenz haben wir uns daher auch zwei Vertreter des CWI eingeladen: Robert Bechert vom internationalen Leitungsgremium des CWI und Bart Vandersteene von der belgischen Sektion des CWI, der LSP/MAS. Die Eröffnungsdiskussion, eingeleitet von Robert Bechert, stand unter dem Motto "Krieg der Klassen statt Kampf der Kulturen". Vor dem Hintergrund der Karrikaturenproteste, des



Wahlsieges der Hamas und des Bürgerkrieges im Irak ging es darum aufzuzeigen, dass es hier nicht um einen "Kampf der Kulturen" geht. Am Beispiel der zunehmenden "Naturkatastrophen" wies Robert auf die Tatsache hin, dass der Kapitalismus den Menschen zunehmend die Lebensgrundlage entzieht. Die globale Erwärmung führt zur Überschwemmung ganzer Länder (z.B. Bangladesch oder die Niederlande) und zu einer Zunahme von Hurrikans (z.B. Katrina). Und im Umgang mit diesen Katastrophen regiert Chaos, Korruption und Rassismus. Die Pannenserie der US-Administration in Bezug auf Katrina ist dafür typisch.

NO FUTURE

Ob der Kapitalismus für uns eine Zukunft bieten kann ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Frage. Offiziell gibt es ja zur Zeit Wirtschaftswachstum und tatsächlich verzeichnen die Unternehmen Rekordgewinne. ArbeitnehmerInnen und Jugendliche haben davon

allerdings nicht viel. Die Angriffe auf die Reste des Sozialstaates und auf unsere Lebensgrundlage gleichen sich international: Verlängerung der Arbeitszeiten, Reduzierung des Kündigungsschutzes, Kürzungen bei Bildung und Gesundheit, Erhöhung des Pensionsantrittsalters bei gleichzeitigen Pensionskürzungen. Aber diese Angriffe werden nicht mehr einfach hingenommen. International gibt es dagegen Widerstand. Generalstreiks in Belgien und Griechenland und Jugendrevolten in Frankreich (die aktuelle wurde in der Diskussion quasi vorweggenommen), sind nur der Anfang. In Lateinamerika ist der Prozess schon viel weiter entwickelt. In den letzten Jahren wurden mehrere linke Präsidenten gewählt die unter dem Druck der Massen begonnen haben sich - vorerst nur in Worten - auch vom Kapitalismus zu distanzieren. Evo Morales in Bolivien und Chavez in Venezuela sind für diese Entwicklung typisch. Die Bewegung in diesen Ländern ist aber teilweise schon weiter, als die Präsidenten. Ob die Bewegung diese Führung vorantreiben, überholen

oder sich eine neue, sozialistische Führung aufbauen wird ist noch unklar.

FÜR POLITISCHE VERTRETUNG – FÜR POLITISCHE ALTERNATIVEN

Das Fehlen einer politischen Vertretung der ArbeiterInnenklasse lässt diese in vielen Ländern ohne Orientierung in den Kämpfen - was leider zum Scheitern der Kämpfe führt. Das CWI ist daher überall wo es notwendig ist aktiver Teil von Projekten und Bewegungen zum Aufbau von neuen, sozialistischen und kämpferischen Parteien der ArbeiterInnenklasse und der Jugendlichen. Wo diese Parteien fehlen können rechte, rechtsextreme und neofaschistische Parteien dieses Vakuum füllen. Bart aus Belgien machte diesen Zusammenhang in seinem Beitrag deutlich: "In Belgien war die Frage nach der politischen Vertretung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen noch nie so akut wie heute. Die zwei Generalstreiks gegen die Pläne zu einer 'Pensionsreform' im Oktober 2005 haben deutlich gemacht, dass die ArbeiterInnenklasse im Parlament keine Vertretung hat. Die SozialdemokratInnen sind seit nunmehr 18 Jahren in der Regierung und sind für eine Serie von neoliberalen Angriffen verantwortlich. In dieser Periode hat der rechts-außen stehende Vlaams Belang (früher: Vlaams Blok) jede Wahl gewonnen. Obwohl ihr Programm eine in Wahrheit noch schärfer neoliberale Offensive bedeutet, präsentieren sie sich als die "anti-Establishment"-Formation die sagt, was sich viele denken. LSP/MAS (das CWI in Belgien, Anm.) ist Teil einer wichtigen Kampagne für den Aufbau einer neuen Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche. Eine Partei, die die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse unterstützen und den Vlaams Belang wirkungsvoll bekämpfen kann.

SLP im Wahlkampf 2006

von Laura Rafetseder, SLP-Wien

Am 4./5. März 2006 fand die Jahreskonferenz der SLP statt. Mit ausführlichen Diskussionen über internationale Perspektiven (siehe Kasten), Perspektiven für eine neue ArbeiterInnenpartei, den Charakter der FPÖ (siehe Kasten), sowie SLP-Parteiaufbau, startete die Sozialistische Linkspartei ins Wahljahr 2006.

Die SLP-Konferenz 2006 spiegelte vor allem die Fortschritte wieder, die die SLP in den letzten beiden Jahren gemacht hat. Allein im Zuge des Wiener Wahlkampfes 2005 traten z.B. 10 Menschen - ArbeiterInnen, SchülerInnen, Studierende, - der SLP bei. Anwesend waren auch SLP-Mitglieder aus Salzburg und Linz, die durch Berichte über die SLP in den Bundesländern einen wichtigen Beitrag zur Konferenz leisteten. So spielen SLP-Mitglieder dort unter anderem eine zentrale Rolle bei Initiativen wie der Zivildienersplattform in Salzburg oder der Demonstration gegen die Postprivatisierung am 17.3. 2006 in Linz. Einige der GenossInnen, die bei uns im letzten Jahr beigetreten sind, hielten ihren ersten Wortbeitrag im Rahmen einer SLP Konferenz. Die Aufbruchstimmung, die während der gesamten zwei Tage spürbar war, fand unter anderem ihren Ausdruck in der Tatsache, dass wir auch im Rahmen des Wochenendes selbst ein neues Mitglied in unseren Reihen begrüßen durften.

PROGRAMM, PERSPEKTIVEN, ZIELE

Auch wenn die SLP in Österreich noch eine relativ kleine Kraft ist: Unsere Stärke sind unsere Ideen. Immer wieder wurden Beispiele zitiert wo Mitglieder des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) international und in Österreich eine entscheidende Rolle spielen. Eines der wichtigsten Beispiele war die Rolle die unsere deutsche Schwesterpartei in Deutsch-



land im Rahmen der WASG spielt, wo CWI-Mitglieder für eine eigenständige Kandidatur der WASG in Berlin gegen die PDS, die im Rahmen der lokalen Regierungskoalition Sozialabbau betreibt, eintreten. Wie Bart Vandersteene, der für das CWI in Belgien die Konferenz der SLP besuchte, erklärte, sind es drei Punkte die für den erfolgreichen Aufbau des CWIs nötig sind: Klarheit in den Zielen und wofür wir kämpfen (nämlich für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung), ausführliche Diskussion von Programm und Perspektiven - d.h. in welcher Situation befinden wir uns, was ist nötig, was können wir tun, welche Forderungen stellen wir auf - sowie Entschlossenheit in der Umsetzung der Ziele, die wir uns setzen. Das war die Basis auf der wir erfolgreich aus dem Wiener Wahlkampf 2005 hervorgehen und wachsen konnten. Bis zur nächsten SLP-Konferenz wollen wir in Wien auf deutlich über 50 aktive Mitglieder wachsen, in Salzburg auf 10 und in Linz 5 neue Mitglieder gewinnen - und für den Na-

tionalratswahlkampf wollen wir uns ein zusätzliches Mitgliedergewinnungsziel setzen.

FÜR EINE NEUE ARBEITERINNENPARTEI

Einen wichtigen Teil der Diskussionen an diesem Wochenende nahm jene über Notwendigkeit und Perspektiven für Neue ArbeiterInnenparteien ein. MarxistInnen sehen sich in der derzeitigen Situation mit einer doppelten Aufgabe konfrontiert: nicht nur Aufbau der eigenen Kräfte im Rahmen einer revolutionären Partei sondern auch Wiederaufbau der ArbeiterInnenbewegung als Ganzes. Eine wichtige Rolle kommt dabei dem Aufbau neuer Massenparteien der ArbeiterInnenklasse zu, da diese derzeit über keine politische Vertretung verfügt. Sonja Grusch wies in ihrem Einleitungsreferat darauf hin, welche Bedingungen für den Erfolg eines solchen Projekts ausschlaggebend sind: Eine Neue ArbeiterInnenpartei braucht offene, demokratische Strukturen, die Einzelpersonen

und Organisationen eine Teilnahme ermöglichen. Sie muss eine aktive, kämpferische Partei sein, die sich an Bewegungen und Klassenkämpfen nicht nur beteiligt, sondern sie auch initiiert und anführen kann. Und sie muss Sozialabbau jeder Art ablehnen und bekämpfen - und das ist der Grund, warum sie letztlich ein sozialistisches Programm braucht. Denn ein konsequenter Kampf gegen Sozialabbau ist nur möglich, wenn mit der Sachzwanglogik des Kapitalismus gebrochen wird. Wir würden uns an einem solchen Projekt aber auch beteiligen, wenn es kein sozialistisches Programm hat - aber wir würden dafür eintreten und kämpfen. Wichtig ist auch, dass eine neue ArbeiterInnenpartei nicht durch einen lediglichen Zusammenschluss der revolutionären Linken entstehen wird, sondern aus Bewegungen und Kämpfen, um breitere Schichten der ArbeiterInnenklasse zu erreichen und zu involvieren. In der Diskussion gab es zahlreiche Beiträge über internationale Erfahrungen und Beispiele, wie der PRC in Italien, der WASG in Deutschland, sowie Initiativen in Belgien und Britannien aber auch über die Bedeutung unserer Gewerkschaftsarbeit im Rahmen der "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" im Hinblick auf Diskussionen innerhalb des ÖGBs über die Notwendigkeit einer Neuen ArbeiterInnenpartei.

KANDIDATUR DER SLP

In Österreich gibt es zur Zeit noch keinen konkreten Ansatz für eine Neue ArbeiterInnenpartei wie in anderen Ländern. Der Prozess der Entstehung einer solchen Kraft kann aber nach den Wahlen beschleunigt werden, wenn eine SPÖ in einer möglichen künftigen Regierung aufgrund der wirtschaftlichen Situation gezwungen ist, Sozialabbau zu betreiben und sich Teile der ArbeiterInnenklasse im Rahmen von Klassen-

Wie rechts ist die Strache-FPÖ?

Intensive Debatte über den Charakter der FPÖ auf der Konferenz der SLP

von Harald Mahrer, SLP Wien

Im aktuellen Statut stellt die SLP in Artikel 2, Absatz 7 fest: "Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus, hier vor allem gegen die FPÖ und die politischen und sozialen Ursachen ihres Aufstiegs, ist eine entscheidende Aufgabe für die österreichische ArbeiterInnenbewegung geworden." Um in dieser Auseinandersetzung bestehen zu können, ist es von entscheidender Bedeutung, den Gegner richtig einzuschätzen.

Nach der Abspaltung des BZÖ von der FPÖ vor rund einem Jahr, war die SLP die einzige politische Kraft, die die FPÖ nicht voreilig für tot erklärte. Wir betonten, dass die Gefahr keineswegs gebannt sei. Denn schließlich waren weder die sozialen Probleme, die den Boden für rechten Populismus bereitet hatten, gelöst, noch die Menschen verschwunden, die teils seit Jahren die rassistischen Parolen verbreitet, bzw. diesen Parolen gefolgt waren.

Wir haben daher eine breite, interne Diskussion über den Charakter der "neuen" FPÖ organisiert. Wie weit ist der Rechtsruck gegangen? Was bedeutet es, dass das Trio Strache, Mölzer, Stadler vom Rand der Partei in ihr Zentrum gerückt ist? Wie ist der Erfolg der FPÖ in Wien zu werten? Und am Wichtigsten: Welche Perspektiven hat die FPÖ neu, welche Art der Gefahr geht von ihr aus? Diesen Fragen wurde auf der Konferenz der SLP breiter Raum gewidmet.

Auch wenn die Debatte - v.a. wegen der laufenden Entwicklung - noch nicht vollständig abgeschlossen ist, können folgende Punkte als gemeinsame Einschätzung der KonferenzteilnehmerInnen festgehalten werden:

1. Wir haben die FPÖ immer als rechtsextreme Partei charakterisiert, aber vereinfachende Gleichsetzungen wie "Haider=Hitler" abgelehnt. Vor allem gegen Ende der 1990er wurde das rechtsextreme Element zugunsten eines immer beliebigeren Populismus in den Hintergrund gedrängt. Heute steht aggressiver Rechts-Extremismus im Mittelpunkt der FPÖ. Das ma-



nifestiert sich auch darin, dass mit Strache, Mölzer und Stadler Personen ins Zentrum der FPÖ gerückt sind, die zumindest kaum Berührungängste zu Methoden und Propaganda haben, wie sie sonst nur Neofaschisten in Europa anwenden.

2. Während die FPÖ in den 1990ern noch als Prellbock zur Durchsetzung des Neoliberalismus gegen die ArbeiterInnenbewegung agierte, wendet sie sich heute verbal massiv vom Neoliberalismus ab und entwickelt eine "nationale, protektionistische" Wirtschaftspolitik (vgl. Mölzer in ZurZeit, 10/2006), die den "kleinen Mann" als Teil der (Volks-)Gemeinschaft ins Boot zu holen versucht. Dies ist ein klarer Anhaltspunkt für die rechtsextreme Re-Ideologisierung der FPÖ, drückt aber auch ein Stück die geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aus. Die ArbeiterInnenklasse hat mit dem Neoliberalismus ihre Erfahrungen gemacht und lehnt diesen heute klar ab.

3. Die konkrete Gefahr die von der FPÖ heute ausgeht hat sich verändert. Bestand in den 1990ern noch die Gefahr, dass die FPÖ ihren angedrohten Neoliberalismus an der Macht umsetzen könnte, so ist dies heute - aufgrund feh-

lender Optionen zur Regierungsbeteiligung - eher unwahrscheinlich geworden. Konkret bedeutet der Rechtsruck der FPÖ aber ein aggressiveres Klima, das zum Beispiel am Rande von Wahlveranstaltungen in Wien bereits zu Übergriffen von rechtem Mob auf MigrantInnen und Linke führte. Ebenso könnte ein solcher Mob - wenn dieser organisiert wird - künftig auch als Streikbrecher gegen kämpfende ArbeiterInnen eingesetzt werden. Es wäre nicht überraschend, würde die FPÖ in Zukunft verstärkt darauf setzen, mittels "Bürgerinitiativen" gegen MigrantInnen, Kulturprojekte, Jugendliche,... zu mobilisieren. Ein erstes Anzeichen dafür ist der Vorschlag der FPÖ Villach, eine Bürgerwehr gegen Jugendliche einzusetzen. Wenn solche Projekte Erfolg haben, könnten nächste Schritte "Bürgerwehren" gegen jene "bösen" Gewerkschaften bilden, die angeblich "anständige" Bürger durch ihre "linken" Methoden in "Geiselschaft" z.B. während Arbeitskämpfen nehmen.

4. Auch wenn es ernste Anzeichen dafür gibt, dass die Partei einen solchen neuen Kurs einschlägt, der sich an Vorbildern wie den italienischen Neofaschisten, der extremen und zum Teil militanten belgischen und französischen

Rechten (Vlaams Blok/Belang, Front National) orientiert, so steht es in den Sternen, ob ihr das auch gelingen kann. Die heutige FPÖ ist äußerst instabil. Noch ist nicht einmal klar, welche Landesorganisationen ihr angehören. Das "klassische" Klientel faschistischer Parteien, das vor Deklassierung zitternde Kleinbürgertum, ist heute wesentlich kleiner als in den 1930ern. Doch es existierten nicht zuletzt in der ArbeiterInnenklasse, bzw. unter Arbeitslosen Schichten, die extrem feindlich gegenüber MigrantInnen aber auch den Gewerkschaften sind. Die FPÖ wird hier hauptsächlich wegen ihres "Anti-Establishment-Rufs" von jenen gewählt, die sich (nicht zu Unrecht) von ihren traditionellen Organisationen in Stich gelassen fühlen. Dies bietet für sich genommen zumindest noch keine stabile Basis für eine neofaschistische Partei. Der - momentane - Nährboden der FPÖ ist die Enttäuschung über die etablierte Politik und das Fehlen einer linken Kraft, die dieses Vakuum füllen könnte.

5. Die zukünftige Entwicklung der FPÖ wird aber nicht (nur) von ihr selbst, sondern von mehreren Faktoren bestimmt. Einerseits hängt viel von ihrem Abschneiden bei den nächsten Wahlen ab. Das "Experiment Strache" könnte vorbei sein, ehe es richtig begonnen hat. Außerdem ist es nicht unwahrscheinlich, dass ein Teil des - gescheiterten - BZÖ wieder zurück in die FPÖ drängt. Dies würde großen Druck auf die neue Führung ausüben, auch dem "gemäßigterem", vor allem in die öffentlichen Ämter strebenden "Flügel", wieder mehr Platz zu geben. Andererseits ist die wichtigste Frage für die Entwicklungschancen der FPÖ, ob es der Linken gelingt, zumindest einen Teil des Vakuums zu füllen, das die offizielle Politik hinterlässt. Die Entwicklung von Streiks und deren Ausgang, sowie die Formierung einer neuen sozialistischen Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen sind entscheidend dafür, ob es gelingen kann, die FPÖ und ihre rechtsextreme Führung zu stoppen.

kämpfen in Opposition zu ihr begeben. Was wir aber jetzt schon tun können, ist, uns darauf vorzubereiten, dass eine Neue ArbeiterInnenpartei auch in Österreich in den nächsten Jahren auf der Tagesordnung stehen kann. Das bedeutet vor allem, jetzt sozialistische und revolutionäre Kräfte wie die SLP zu stärken und aufzubauen, um unseren Ideen zum Aufbau von Neuen ArbeiterInnenparteien im Neuformierungsprozess ein stärkeres Gewicht geben zu können. Das bedeutet aber auch, die Wahlen zu nutzen, um in der Praxis zu zeigen, wie wir uns eine sozialistische Kandidatur vorstellen.

ENTSCHLOSSEN INS WAHLJAHR 2006

Wir treten nicht bei Wahlen an, weil wir Illusionen hätten, durch Anträge im Parlament die Welt zu verbessern. Wo das CWI gewählte Funktionäre in Gemeinderäten oder im Parlament hat, stellt es diese Position zur Verfügung um Klassenkämpfe und Bewegungen zu unterstützen. Unsere gewählten Vertreter verdienen lediglich einen Gehalt in Höhe eines Facharbeiterlohns, der Rest wird für politische Arbeit oder gemeinnützige Projekte gespendet. Es geht uns auch nicht um Stimmenmaximierung wie den bürgerlichen Parteien. Vielmehr geht es uns darum sozialistische Kräfte aufzubauen und unsere Ideen breiteren Schichten der ArbeiterInnenklasse zugänglich zu machen. Wahlen sind Zeiten erhöhter politischer Aufmerksamkeit. Viele Menschen werden angesichts der Auswahl an Parteien die zur Wahl stehen, beginnen, nach einer Alternative zu suchen. Unser Wahlerfolg misst sich nicht im Stimmenergebnis, sondern danach, wie viele Menschen sich entschließen mit uns langfristig aktiv zu werden. Unsere Kandidatur im Wiener Gemeinderatswahlkampf 05 war eine aktive Kandidatur gegen den aggressiven Rassismus der FPÖ und den Sozialabbau der SPÖ in Wien. Im kommenden Nationalratswahlkampf werden sowohl der Kampf gegen die rassistische FPÖ als auch die Frage nach einer Alternative zu den etablierten Parteien, wichtige Bestandteile unserer Kampagne sein.



Keine Partei die nur nach außen Solidarität groß schreibt

Interview mit Jasmin Standhartinger, die auf der SLP-Konferenz der SLP beitrug

VORWÄRTS: Wie bist du auf die SLP aufmerksam geworden?

Jasmin: Ich suchte nicht nach einer Bewegung, wusste aber dass ich aktiv gegen die ungerechten Gesellschaftsstrukturen in der wir leben müssen kämpfen möchte, nur nicht in welcher Form. Bis mich mein Freund auf einen Zeitungsartikel aufmerksam machte, indem ein Foto einer SLP-Kundgebung gegen radikale Abtreibungsgegner abgebildet war, ein Thema für das ich mich als Einzelne nur begrenzt einsetzen konnte, mir aber sehr wichtig ist und so der bewegende Auslöser war mich über diese Organisation zu informieren.

Als was für eine Partei hast du die SLP kennengelernt?

Vor allem als aktive Organisation, die sich nicht nur mit sozialistischen Klassikern sondern mit aktuellen Themen und Problemen

befasst und sich dafür praktisch, als auch theoretisch einsetzt. zB Zeitungsarbeit, regelmäßige Diskussionen, Demonstrationen, Verfassung von politischen Dokumenten, usw. Es genügt nicht einfach nur Mitglied zu sein, sondern es ist wichtig aktiv mitzugestalten. Ein Punkt der sich nicht nur wesentlich von anderen Parteien unterscheidet sondern mir in Zeiten wie diesen immer wichtiger erscheint: Ein Zeichen setzen, dass man nicht einfach nur mit der derzeitigen Politik nicht einverstanden ist, sondern auch konkrete Ideen hat, für die man gewillt ist sich einzusetzen und sie auch umzusetzen.

Kannst du uns vielleicht ein Beispiel nennen?

Zum Beispiel die Privatisierungswelle. Darin äußert sich der Sozialabbau der Regierung und ist generell ein Beleg für die globale neoliberale Tendenz die immer mehr zu spüren ist. Dh Stellenabbau, Flexibilisierung usw. Die Bedürf-

nisse des Arbeitnehmers werden für die der Wirtschaft in den Hintergrund gedrängt. Die SLP tritt für eine demokratische, kämpferische Gewerkschaft ein und versucht mit ArbeitnehmerInnen gegen soziale Einschnitte durch Demonstrationen, Aufklärung, usw zu mobilisieren.

Was hat dich schließlich bewogen beizutreten?

Natürlich stimme ich mit dem Programm der SLP überein, aber ein wichtiger Punkt, neben der Freude am aktiven Mitgestalten und der Überzeugung dass die Ideen und Aktionen der SLP tatsächlich Sinn machen, vor allem auch dass die SLP keine Partei ist die nur nach außen hin Solidarität groß schreibt, sondern diese auch innerhalb lebt. Jeder der sich aktiv gegen Ausbeutung und Unterdrückung, soziale Ungerechtigkeit einsetzen möchte, kann, in welcher Form auch immer, mitmachen und wird dabei unterstützt.

Ein Computerspiel, in dem keine fremden Planeten besiedelt oder Mohrhuhnjagden durchgeführt werden

"Power of Politics" statt "Power of Workingclass"

von Pia Abel, SLP-West

In "Power of Politics" – kurz "PoP" – wird "Politik gemacht". Entwickelt von einem Politikwissenschaftler und einem Programmierer wurde das Browsergame am 28. November 2005 online gestellt.

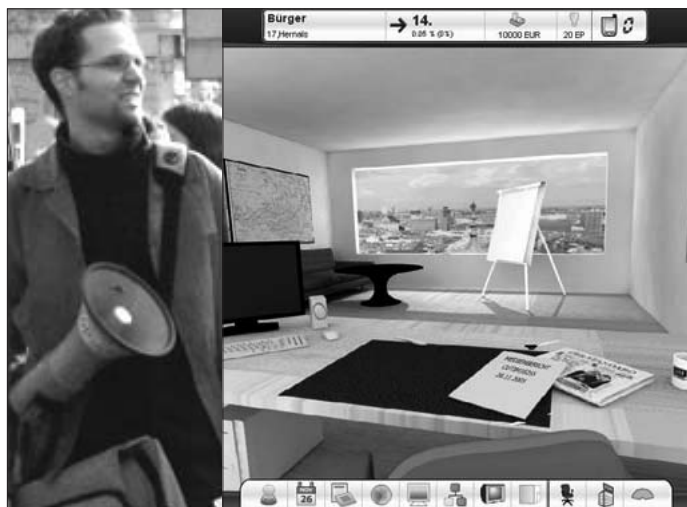
POLITIK IST POPULÄR

Schon in den ersten 7 Wochen war die 10.000er-Grenze an SpielerInnen fast erreicht, mittlerweile haben sich fast 20.000 Menschen eine/-n virtuelle/-n PolitikerIn kreiert. Das Ziel ist: möglichst viele Stimmen bei den sonntäglichen Wahlen zu ergattern. Hierzu kann man entweder eine eigene Partei gründen oder einer Bestehenden beitreten. Gekämpft wird zunächst auf Bezirksebene, später ist der Aufstieg auf Landes- und Bundesebene möglich. Zentrale Elemente des Aufstiegs und Falls der PolitikerInnen sind die persönlichen Termine, einzutragen im Terminkalender, der Wahlkampf mit professionellen Teams, Diskussionen mit KonkurrentInnen, die Entwicklung eines "EGOs" und der Aufbau eines MitarbeiterInnenstabes. Die Schwelle mitzuspielen ist extrem niedrig: niemand muss sich bei Themen wirklich auskennen. Daraus erklärt sich - neben der Sehnsucht, auch einmal "Power" zu haben und "Politics" zu machen - auch der hohe Grad an Beteiligung.

POPULARITÄT: DIE MACHT DER MEDIEN

In diesem Spiel geht es um viel: nur nicht um Inhalte. Für das Ergebnis bei den Wahlen zählt ausschließlich "Popularität": zentral ist hierbei die Berechnung des "Medienwertes" einer/-s Politikerin/-s, der sich unter anderem aus den gesammelten "Öffentlichkeitspunk-

ten" und "Wissenspunkten" und deren Widerspiegelung in den Medien zusammensetzt. Hierzu wird die Dichte realer Schlagzeilen von den wichtigsten Zeitungen bzw. Internetdienste ausgewertet, welche sich ständig ändert. Die PolitikerInnen können sich in 18



Politik im Leben auf der Straße, die Simulation hat nur ein Büro zu bieten.

Themen positionieren, diese reichen von "Natur und Umwelt" über "Arbeit" bis "Sicherheit und Recht". Was jede/r Einzelne mit diesen Themen inhaltlich verbindet ist vollkommen irrelevant. Politik ist einzig allein eine Frage des Images, der Popularität.

LUFTBALLONS UND LEBENSQUALITÄT

Mützen, T-Shirts, Luftballons, Clowns, Gulaschkanonen können die heiß umkämpften WechselwählerInnen überzeugen: ein Erfolg, der abhängig davon ist, wie viel Geld investiert wird. Außerdem kommt es darauf an, wie gut die Themen des Wahlkampfes laut Umfragen im jeweiligen Quadranten des Wahlkampfes bei der Bevölkerung vor Ort ankommen. Relevant sind wiederum nur die "schlechtesten Themen" des Bezirks, ohne das auf deren Lösung und politische Strategien Rücksicht ge-

nommen wird: in den Gebieten gibt es nämlich ein Ranking der Lebensqualität, welches abhängig davon ist, in welcher Koalitionstärke und -disziplin die MandatarInnen Gesetze verabschieden. Für Koalitionen gilt: Sowohl Minderheitsregierung als auch

"Variante Machtrausch" ist schlecht. "Streiks" und "Soziale Spannungen" bedeuten für "die Lebensqualität" ebenso ein großes Minus. Für die Methoden der ArbeiterInnenbewegung ist in diesem Spiel leider kein Platz.

POLITIK: ERGEBNIS DER "FREIEN KRÄFTESPIELS"

Die Parteien in PoP schweben über den Klasseninteressen - belohnt wird Pragmatismus, Medienkonformität und eine gute Organisation des Terminkalenders. Streiks und Demonstrationen haben nur dann Einfluss auf die Politik, wenn Schlagzeilen über sie berichten. Ebenso werden Phänomene wie Politikverdrossenheit und Rechtsextremismus ignoriert, die ja durchaus ihre Ursachen im "PoP"-Verständnis der etablierten Parteien im richtigen Leben (RL) haben. Auch spielen potente GeldgeberInnen für die Parteien keine Rol-

le: Parteien wie "Vereinigte Linke - SozialistInnen International" verfügen über denselben Zugang zu Ressourcen, wie die "Liberaler Partei der Onlinemanager". Dieses "freie Spiel der Kräfte" ist natürlich nur im virtuellen Raum politische Praxis und eine der liberalen Grundannahmen dieses Spiels.

POP STATT SOLITAIRE

Trotz dieses oberflächlichen Zugangs gibt es aber auch Platz für inhaltliche Diskussionen und es ergeben sich mannigfaltige Kontaktmöglichkeiten über "Handys" und Foren im virtuellen Raum. Gegenüber eher isolierenden Computerspielen ist PoP ein soziales Ereignis: aber eine Art "Brechtisches Lehrstück", in dem durch die Spielregeln immer wieder Brüche mit politischen Prinzipien und Grundsätzen der AkteurInnen hervorgerufen werden. Fragen, wie: "mit wem koalieren?", "gibt es ein Parteiprogramm?", "wer kandidiert für den Vorsitz?", "sind Namen nur Schall und Rauch?" prallen auf die Inhaltsleere des Spiels und führen zu hitzigen Debatten. Darüber hinaus gibt es im "Gebietsforum" die Möglichkeit, sich mit rassistischen Vorurteilen auseinander zu setzen, während im "ParteiForum" eine Diskussion über "Reform oder Revolution" im Gange ist - alles in allem spannende Nebeneffekte des Spiels, die den Alltag ein wenig auffrischen können. Mit anderen Worten handelt es sich bei PoP um eine nette Alternative zu "Solitaire" im wahrsten Sinne - die Beteiligung daran kann den Aufbau einer Partei für Jugendliche, ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose im richtigen Leben aber natürlich nicht ersetzen.

www.powerofpolitics.com

Theorie und Praxis: Die Mischung macht's

Der März begann und endet für die SLP mit Diskussionen.

Am 4/5.3. trafen sich SLP-Mitglieder aus ganz Österreich zur Konferenz (siehe Mittelseite) - von 31.3. bis 2.4. veranstalten wir unsere "Sozialismustage". Bei beiden Veranstaltungen gibt es Diskussionen zu österreichischen Themen und bei beiden internationale Gäste. Für uns sind politische Aktionen ebenso wichtig wie grundsätzliche Diskussionen. Keine Aktion ohne politische Grundlage, aber auch keine grundsätzliche Diskussion ohne konkreten Output. Deshalb war der März zwischen diesen Diskussions-Terminen mit Aktivitäten gefüllt. Am internationalen Frauentag (8.3.) organisierten wir - gemeinsam mit SWI - Aktionen gegen die frauenfeindliche Politik der Regierung, was der "Frauenministerin" Rauch-Kallat offensichtlich unangenehm war, da sie uns mehrmals an diesem Tag auswich.

Bei der SLP-Veranstaltung am 9.3. "Neue Beschäftigungsformen - wie die Zukunft von Frauen verteidigen?" mit der ÖGB-Bundesfrauensekretärin Sylvia Ledwinka ging es um die Frage, WAS der ÖGB tut, um die immer prekärere Arbeitssituation von Frauen zu verbessern. Anlässlich der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung war die Erklärung von Kollegin Ledwinka aufschlussreich: es gäbe zwar eine aufrechte Beschlusslage des ÖGB zur 35-Stunden-Woche, aber "innerhalb des ÖGB keine Mehrheit dafür". Dass kann nur bedeuten, dass sich die angestellten und von unseren Mitgliedsbeiträgen bezahlten ÖGB-FunktionärInnen, nicht an die gefällten Beschlüsse halten!

NEIN ZUR FPÖ, NEIN ZUR EU

Am 10.3. veranstaltete die

FPÖ in Wien 10 am Viktor-Adler-Markt eine Kundgebung um ihr "Volksbegehren" zu bewerben. Die SLP rief zu einer Gegenkundgebung. Es war eine lautstarke und politische Aktion im Rahmen derer wir aufzeigten, dass die FPÖ für genau jenen Sozialabbau steht, den viele Menschen zu Recht an der EU kritisieren. Das SLP-Transparent "FPÖ-Strache bringt Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Rassismus" bezeichnet die FPÖ-Zeitung "Neue Freie Zeitung" übrigens als "sinnlose Parole". Sinn macht für sie offensichtlich nur, was gegen AusländerInnen ist.

Und für den 11.3. organisierten wir gemeinsam mit SWI einen Bus aus Wien über Linz zu den Protesten gegen das EU-Außenministertreffen in Salzburg. Unser Block unter dem Motto "Keine Festung Europa" war lebendig und lautstark. Für Stephan (19)

aus Salzburg war es die erste Demo als SLP-Mitglied und ganz im Sinne der Verbindung von Theorie und Praxis meint er "Ich habe in der SLP die revolutionäre, sozialistische Organisation gefunden, nach der ich gesucht habe."

Und weil die Regierung uns keine Verschnaufpause gönnt beteiligte sich die SLP am 17.3. maßgeblich an der Linzer Demonstration gegen die Privatisierung der Post. Um den Monat März nach vielen Aktivitäten dann wieder mit Diskussionen zu beenden und damit die Grundlage für Aktivitäten im April zu legen ...

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte

LINZ

jeweils Montag, 17.30 Uhr, "Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

SALZBURG

jeweils Donnerstag, 18.00 Uhr, "Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

WIEN

jeden Mittwoch um 19 Uhr SLP Wien West, "Fünfhäuser Stüberl", 1150 Wien, Löhrigasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

jeden Donnerstag um 18 Uhr SLP Wien Nord, "Piwnica" (ehem. Peer Gynt), 1200 Wien, Jägerstraße 38 (U4 Friedensbrücke, U6 Jägerstraße, 5, 33)

jeden Freitag um 18.30 Uhr SLP Wien Ost, derzeit auf Lokalsuche, Ort bitte auf www.slp.at nachschlagen bzw. telefonisch unter 01/ 524 63 10 erfragen.

jeden Freitag um 19 Uhr SLP Wien Süd, "Bunte Kuh", 1050 Wien, Siebenbrunneng./ Ecke Zentag. (U4 Pilgramgasse, 12A, 14A)

SWI-Treffpunkt in Wien

jeden Montag um 18.00 Uhr Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8 (U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at

SLP Sozialistische LinksPartei
österreichische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CAWI)

SLP - die Partei zum Abmachen! Unsere Arbeit kann nur durch die Aktivität unserer Mitglieder aufrecht erhalten werden. Trage auch du deinen Teil dazu bei!

Solidarität mit den Neusiedler/Mondi - ArbeiterInnen im slowakischen Ruzomberok

Im slowakischen Neusiedler/Mondi-Werk geht das Management mit Repression gegen ArbeiterInnen vor, die für höhere Löhne und Gewerkschaftsrechte streiten. Das Management ist überwiegend österreichisch, Vize-Sorger, Präsident der österreichischen Industriellenvereinigung, ist auch Aufsichtsratsvorsitzender bei Mondi Businesspaper.

- Neusiedler tritt Arbeitslosenrechte mit Füßen

Schluss mit dem Terror der radikalen Abtreibungsgegner!

Rein zum Baby-Hilfsmittel-Museum von HEL? Human Life International (HLI) hat in den ehemaligen Räumlichkeiten der Lucia-Klinik eine "Baby-Hilfsmittel-Museum" eröffnet. Schon vor dem Sommer wurden die Geräte und die Einrichtung der Klinik entzogen und dienen jetzt als Ausstellungen. Die Gleichsetzung der

Gemeinsam gegen rechte Gewalt!

Abtreibung ist Frauenrecht!

Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

Termine:
Befreiungsfelder
Freibuchung:
Sonntag, 08.05.'05
06:45 bis Sonntag,
08.05.'05 17:00
Hilfsgesandten

Termin:
Tausend Gedanken
Freibuchung:
Sonntag, 08.05.'05
14:00

Die Website der Sozialistischen LinksPartei - seit Mai 2005 in neuem Gewand, mit mehr und aktuellerem Inhalt. Jetzt besuchen!



Neues aus dem CWI

SAV in Stadtrat

Die Kasseler Linke schaffte mit 6,5% den Einzug in Stadtrat. SAV-Mitglied Nico Weinmann ist somit im Stadtrat vertreten.

Aufstand der indigenen Bevölkerung in Ecuador

Weite Teile von Ecuador wurden um den 19. März herum von der Konföderation der Indigenen Völker (Confederación de Nacionalidades Indígenas) lahmgelegt, Ausdruck des Protests gegen ein derzeit in Verhandlung befindliches Freihandelsabkommen mit den USA. Die Hauptstraßen in 10 von 22 Provinzen wurden mit diversen Barrikaden blockiert, um so einen Abbruch der Verhandlungen herbei zu führen. Weitere Forderungen sind die Verstaatlichung der Öl-Ressourcen, der Rauswurf der amerikanischen Petroleum Occidental und das Abhalten einer verfassunggebenden Versammlung.

Eduardo Cholango, von der stärksten Indigenen Organisation Ecuarrunari, sagte in einem Interview: "Wir sind bereit eine Woche, zwei Wochen oder sogar einen Monat Widerstand zu leisten, denn ein Freihandelsabkommen bedeutet dass sie [der Imperialismus] mit unseren Rohstoffen abhauen."

Seit mittlerweile 10 Jahren kommt es in Ecuador immer wieder zu Protesten, Demonstrationen und Aufständen der Indigenen Bevölkerung. Dieser letzte Protest zeigt wieder, dass die Arbeiterklasse stark ist, doch eine Lösung nur durch eine Regierung der Arbeiter und Bauern gefunden werden kann. Ganz Ecuador steht still wenn die Connaie es will!

Millionen protestieren in Frankreich!

Am Samstag, den 18. März kam es in ganz Frankreich zu ausgedehnten Protesten gegen die neoliberale Arbeitsmarktreform, die eine Kündigung von jungen Arbeitern in den ersten zwei Jahren ohne jeglichen Grund ermöglicht. Obwohl die beiden größten Gewerkschaftsorganisationen, CGT & FO, einen Generalstreik angedroht haben, bleibt unklar ob dies nur ein symbolischer Akt bleibt oder aber die nächste Stufe im Kampf gegen die rechte Regierung Frankreichs wird. Sozialisten und KP nutzen diese Situation vor allem zum Wählerfang, während die französische Sektion des CWI, Gauche révolutionnaire, einen massiven und demokratischen Streik fordert, der die Regierung in die Knie zwingen kann.

www.socialistworld.net

Sinkender Lebensstandard von ArbeitnehmerInnen – US-Establishment diskreditiert
Mehrheit von 69% wünscht sich einen Wechsel in der Politik. Teil I unserer neuen Serie zur USA.

Die US-ArbeiterInnenklasse in der Ära Bush

von Wolfgang Fischer,
SLP Wien

Angesichts der sich vertiefenden Krise und mittlerweile weit über 2000 getöteten US-SoldatInnen im Irak, innenpolitischer Skandale, steigender Ölpreise und stagnierendem Lebensstandard der US-ArbeiterInnenklasse ist die Unterstützung für Bush' Politik in den USA auf den historischen Tiefststand von 36% gesunken [Umfrage Gallup, 03/2006]. Das völlige Versagen der Bush-Administration nach dem Hurrikan "Katrina" im August 2005 hat die wahren kapitalistischen Profitinteressen aufgezeigt: Kriege ums Öl zählen mehr als der Katastrophenschutz der eigenen Bevölkerung. Nur Präsident Nixon hatte in den 70er Jahren noch weniger Zustimmung - Vietnamkrieg, Wirtschaftskrise und Skandale warfen ihn aus dem Amt. Das politische Überleben von Bush liegt in der Schwäche der Opposition - auch die 'Democratic Party' hat als 'zweite Partei des Kapitals' keine Antworten auf die Probleme der Bevölkerung.

"WIRTSCHAFTSWUNDER" USA?

Das, in den letzten Jahren um die 4% liegende Wirtschaftswachstum der US-Ökonomie steht auf tönernen Füßen, Staatshaushalt und Handelsbilanz sind schwer



defizitär. Angeheizt durch Niedrigstkredite konnte der Privatkonsum den "Boom" bis jetzt am Leben halten. Eine weitere Erhöhung der Zinssätze sowie der Zusammenbruch des überbewerteten Immobilienmarktes hätte weitreichende Auswirkungen auf den Lebensstandard der amerikanischen ArbeiterInnen als auch, global gesehen auf US-orientierte Exportwirtschaften wie jene in Südostasien. Zudem fand in den letzten Jahren ein struktureller Wandel in der US-Wirtschaft statt: US-Konzerne lagerten ihre Produktion zunehmend in Billiglohnländern aus, 7 von 10 neu geschaffenen Jobs sind "McJobs" im Dienstleistungsbereich. Mehr als 60% der jungen ArbeitnehmerInnen zwischen 18 und 24 arbeiten für Konzerne wie

Wal-Mart, Starbucks, McDonalds oder Blockbuster, die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe liegt mit 12.3% weit über dem US-Schnitt von 5.4%. Die Stundenentlohnung übersteigt selten den gesetzlichen Mindestlohn von 5.15 US-\$, ein wachsender Teil ist weder sozialversichert oder hat Anspruch auf Urlaubsgeld. "Flexible" Vermittlung über Leihfirmen und "Arbeit auf Abruf" sind üblich. Aus dieser prekären Lage heraus gab es in den letzten Jahren immer wieder, teils erbittert geführte Arbeitskämpfe. In Kalifornien muss nun der Konzern Wal-Mart nach monatelangen Streiks der Beschäftigten mindestens 8% der Lohnsumme für die Krankenversicherung seiner Beschäftigten aufbringen sowie insgesamt 172 Millionen US-\$

an Schadenersatz an (ehemalige) Beschäftigte für nicht-gewährte Mittagspausen zahlen.

NEOKONS UND RELIGIÖSE RECHTE AM VORMARSCH

Das innenpolitische Herzstück der Bush-Politik ist klassisch neokonservative Flat-Tax-Politik: Steuererleichterungen für Konzerne und Superreiche werden durch Kürzungen auf allen Ebenen im Sozialsystem "kompensiert".

In den nächsten 10 Jahren sollen z.B. die Ausgaben für Medicare - ein staatlicher Zuschuss der Gesundheitsversorgung für sozial Schwache - um 60 Milliarden Dollar gesenkt werden. Seit Beginn der Präsidentschaft Bush hat die religiöse Rechte massiv an Einfluss gewonnen, Neokon-

servative und christliche FundamentalistInnen haben in Justiz und Verwaltung einige einflussreiche Positionen eingenommen. Das seit 1973 in der Verfassung verankerte Recht auf Schwangerschaftsabbruch wurde 2003 durch den 'Partial Birth Abortion Ban Act' erstmals direkt auf legislativer Ebene angegriffen, Abtreibungskliniken wurden finanzielle Mittel gestrichen. Inhalte des Schulunterrichts wurden in einigen Bundesstaaten bereits geändert, anstatt des Biologieunterrichts werden jungen Menschen nun erzkreationäre Mythen (Schöpfungsgeschichte, 'intelligent design') und geschlechterspezifischen Rollenverteilung eingetrichtert. Trotz der derzeitigen gesellschaftspolitischen Rückentwicklung birgt die Verschärfung der kapitalistischen Krise ein enormes Potential an Radikalisierung vor allem junger ArbeitnehmerInnen. Das Wiedererstarken der schon totgesagten Antikriegsbewegung in den USA Ende vergangenen Jahres war ein bewusstes Signal. Hunderttausende werden derzeit wieder gegen die Politik von Bush & Co. aktiv.

Fortsetzung folgt.

Zweiter Teil (Mai): Klassenkämpfe und Gewerkschaftsentwicklung

Dritter Teil (Juni): Die Rolle der US-SozialistInnen in der Anti-Kriegsbewegung

Gegen Bush und Mullahs – Solidarität mit der iranischen Bevölkerung

"Atomkrieg" um den Iran?



von Philipp Fleischmann,
SLP Wien

In den letzten Wochen drohten einige Mitglieder der US-Regierung mit einem Angriff auf den Iran. Aber die US-Administration verfügt zur Zeit über keine stabile Ausgangssituation für so ein Abenteuer.

Auslöser ist dabei das Projekt des Iran, Uran selbst anzureichern, um in der Kernkraft unabhängig zu werden. Das könnte ein Vorläufer für ein Atomwaffenprogramm werden. Eine Invasion ist allerdings praktisch noch ausgeschlossen. Die US-Armee ist

schon so verzweifelt auf der Suche nach potenziellen Rekruten für den Irak-Nachschub, dass sie SchülerInnen von den Schulen abwerben wollen. In zahlreichen Schulen gab es sogar Streiks dagegen. Paradoxerweise hat der Irak-Krieg den Iran gestärkt: Die USA sind dort auf die Zusammenarbeit mit den schiitischen Parteien angewiesen, die dem Iran nahe stehen. Sollte sich da das Verhältnis verschlechtern, könnten die Probleme der Besatzungsmacht noch wesentlich größer werden, als sie derzeit schon sind. Bei einem Angriff würde auch der Ölpreis weiter sprunghaft ansteigen - eine gefährliche Bedrohung für die US-Ökonomie und die gesamte Weltwirtschaft. Das alles spricht zwar gegen einen Angriff. Andererseits gibt es in

der US-Administration doch ein starkes Element der Unberechenbarkeit. Und Bush muss sich ein neues Thema suchen, um sein "starker Mann"-Image aufrechtzuerhalten und droht deshalb mit möglichen Lufangriffen, denen Taten folgen könnten. Das Ergebnis dieses Zwiespalts besteht momentan darin, dass die US-Regierung versucht die von ihnen selbst totesagte UNO zu bemühen. Hier ist es relativ unwahrscheinlich, dass sich eine Mehrheit für einen Angriff findet - China und Russland haben jeweils Eigentumsrechte an großen Ölfeldern im Iran - und Bush kann starker Mann spielen.

AHMADINEJAD – EIN ZWEITER "STARKER MANN"

Aber in diesem Spiel gibt es noch einen zweiten "starken Mann": Mahmoud Ahmadinejad, den Präsidenten des Iran. Das iranische religiöse Mullah-Regime kämpft schon länger mit schwindender Unterstützung in der Bevölkerung. Ahmadinejad, ein besonderer Hardliner, versucht nun mit Populismus zumindest Teile der Bevölkerung

wieder anzuziehen. Auch die Idee, der Iran könnte in ferner Zukunft einmal eine Atommacht werden, ist möglicherweise in einem Land, das von anderen Atommächten umgeben ist, nicht ganz unpopulär (Russland, Pakistan, Indien, Israel, evtl. US-Truppen im Irak). Ahmadinejad nützt aber auch sonst jede Gelegenheit, den so genannten "äußeren Feind" - oder was er dafür hält - anzugreifen. Massiv spielt er mit Themen wie dem Antisemitismus und der Verleugnung des Holocausts. Gleichzeitig werden ihm auch täglich neue Vorlagen für fundamentalistische Hetze - wie im so genannten "Karikaturenstreit" um die Darstellung Mohammeds - gegeben. Dass es auch ganz andere Kräfte im Iran gibt, die drohen in diesem "Atomstreit" völlig unter die Räder zu kommen, zeigte die jüngsten Busfahrerstreiks. Die Busfahrgewerkschaft spielte eine sehr wichtige Rolle in der iranischen Revolution gegen den Schah 1978-79 und wurde später von den Mullahs verboten. Jetzt gibt es wieder erste Regungen in dem Bereich. Das Regime verhaftete deshalb mehrere Führungspersönlichkeiten. Ein Streik

war für den 28. Januar geplant - das Regime kam dem zuvor, indem es über 500 Busfahrer am Tag vorher verhaftete. Armee und Polizei sprangen für sie ein und lenkten die Busse. Viele der Busfahrer sind noch immer nicht frei. Diese Ereignisse zeigen, wie stark sich das Regime vor Protesten fürchtet, und wie stark es auf populistische Ablenkungsmanöver angewiesen ist. In diesem Zusammenhang scheint es übrigens besonders absurd wenn selbst einige "Linke" nun Sanktionen gegen den Iran fordern - Maßnahmen welche die Masse der Bevölkerung treffen und das Regime höchstens stärken.

TERMINE

Zyklus IRAN

Diskussion: 6. April, 18 Uhr 1979: Von der ArbeiterInnenrevolution zum Mullah-Staat

Diskussion: 20. April, 18 Uhr 2006: Atomare und fundamentalistische Bedrohung?

Beide Veranstaltungen im Pivnica (ehem. Peer Gynt) Jägerstraße 38, 1200 Wien

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 155

April 2006

21. Juni in Wien: No to Bush & Co

Schüssel und die EU heißen den Kriegsverbrecher George W. Bush am 21. Juni in Wien willkommen. Wir nicht!

Von John Evers, SLP Wien

GEMEINSAME PROBLEME DER ARBEITERINNENKLASSE

Es gibt viele Gründe gegen Bush zu demonstrieren. Sie heißen neoliberale Politik, Kriegstreiberei, Nationalismus und Rassismus, Folter und Verschleppung unschuldiger Menschen. Es gibt aber keinen Grund als SozialistIn ein Feind der amerikanischen ArbeiterInnenklasse zu sein, die ebenfalls unter Bush zu leiden hat (siehe auch Bericht S. 7).

DIE ROLLE DER USA IM WELTKAPITALISMUS

Die USA sind mit Abstand die mächtigste imperialistische Macht der Erde. 1/3 der Weltproduktion und die Hälfte der internationalen Rüstungsausgaben konzentrieren sich dort. Dass die USA führend sind, wenn es um militärische Interventionen, Kriege und Marktbeherrschung geht, ergibt sich alleine schon aus diesen Zahlen. Die EU folgt diesem "Vorbild" allerdings; mit Rüstungsausgaben die größer sind, als jene in Afrika, Lateinamerika, China und dem Nahen Osten zusammen genommen. Auf der Hand liegt somit, dass die USA und "Europa" zwar erbitterte Konkurrenten am Weltmarkt sind. Sie haben auf der anderen Seite ein gemeinsames Interesse daran, die Machtverhältnisse noch weiter zuungunsten der Staaten des Südens zu verschieben. Dazu gehört auch, dass man gemeinsame Kriege führt und grausame Regimes hofiert, bzw. sich als Vasallen hält: Pakistan, Saudi-Arabien, Afghanistan aber auch China. Macht und Geschäft verbindet schließlich. Genau solche gemeinsamen strategischen Interessen zwischen USA und EU sollen am 21.3. ausgelotet werden: Thema des Gipfeltreffens in Wien ist laut Kurier vom 14.3 schließlich die Erschließung neuer Energiequellen auf dem Globus...

Laut Arbeiterkammer ist nicht nur weltweit, sondern auch in den USA die Kluft zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren noch größer geworden. Der durchschnittliche Arbeiter verdient soviel wie Mitte der 70er-Jahre, das Phänomen der "working poor" hat enorme Ausmaße angenommen. Das im Vergleich zu Europa stärkere Wirtschaftswachstum hat somit die sozialen Probleme nicht entschärft - im Gegenteil. Die Kluft in den USA zwischen Arm und Reich entspricht inzwischen dem Abstand, der in den Ländern des Südens herrscht. Doch die Angriffe auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse für angeblich mehr "Wachstum und Wohlstand" sind weltweit die gleichen: Zerschlagung der Pensionssysteme, Krankenversicherung, Bildung, Arbeitslosengeld. Die USA sind hier in vielen Punkten lediglich ein Vorreiter gegenüber der europäischen Entwicklung: 46 Millionen Menschen haben jenseits des Atlantik keine Krankenversicherung, 36 Millionen leben in Armut.

WELTWEITE PROTESTE

In allen Teilen der Erde gibt es Proteste gegen das weltweit herrschende, kapitalistische System, dass vor allem von den USA und "Europa" gemeinsam getragen wird, bzw. die neoliberale Politik. Zweifellos nutzen nationalistische und fundamentalistische Kräfte den Hass gegen die "Kreuzzüge" von Bush und Co. (so beschrieb Bush einmal seine internationalen Bestrebungen) um ihrerseits ebenfalls einen "Kampf der Kulturen" zu führen. Tatsächlich betreibt man damit höchstens das Spiel der Herrschenden und Mächtigen. Notwendig



wäre es, dass zwischen der - zur Zeit vor allem in den USA - wieder massiv anwachsenden Antikriegs-Stimmung und den antiimperialistischen Bestrebungen des Südens ein Schulterschluss entsteht. Eine entscheidende Rolle könnte die Gewerkschaftsbewegung mit ihren internationalen Verbindungen spielen. Gerade der ÖGB sollte deshalb die Demonstrationen und Mobilisierungen gegen den Bush-Besuch am 21.6. unterstützen.

INTERNATIONALE ALTERNATIVE NOTWENDIG

Doch nur "gegen" Bush und das EU-Establishment zu sein, reicht keinesfalls aus - nationale Abschottung ist in einer global vernetzten Welt auch keine Lösung. Wo man landet, wenn man keine grundsätzlichen Alternativen hat, zeigt ein Interview mit der Attac-Sprecherin Karin Kü-

belböck in der Presse (11. 3. 2006), die sich für "Binnenmarktöffnung im Rahmen einer selbstbestimmten Industriepolitik" als Lösung der Weltarmut aussprach. Selbst begrenzte Entwicklungen gegen genau solche Marktöffnungen - wie in Venezuela oder Bolivien - und ihre bereits gewaltigen internationalen Auswirkungen, spielen im Denken zumindest dieser "GlobalisierungskritikerInnen" offensichtlich keine Rolle. Die SLP und unsere internationale Organisation, das CWI, unterstützt demgegenüber weltweit den Widerstand gegen neoliberale Marktöffnungen und - militärische - Interventionen, wie sie die USA und die EU betreiben! Wir verbinden diesen Widerstand aber immer mit der Forderung nach Verstaatlichung und demokratischer Planung. Das würde nicht nur die einzige Chance bedeuten, den

ökonomischen Zugriff des Imperialismus tatsächlich einzuschränken. Im Zeitalter der "Globalisierung" würde auch der Beginn eines solchen sozialistischen Experiments in einem Land unmittelbare Auswirkungen weltweit haben und könnte somit den Anstoß zu einer völlig anderen internationalen, nämlich sozialistischen Weltordnung bedeuten.

TERMINE

Du willst aktiv werden gegen Bush & Co? Dann komm zu den Aktionstreffen von Sozialistischer Widerstand International. Wir helfen beim Aufbau einer Gruppe an deiner Schule, diskutieren über die Politik der USA und planen Aktionen.

Jeden Montag, 18 Uhr, Amerlinghaus - Raum 3, Wien 7, Stiftgasse 8

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at